



uniterre

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

Sicherheit oder Souveränität? Wer hat die Büchse der Pandora* geöffnet?

Eine kleine Achterbahnfahrt zurück ins Jahr 2008 bringt uns zu einer denkwürdigen Begegnung zwischen dem Schweizer Bauernverband und Uniterre, bezüglich des Projekts von Uniterre, eine Volksinitiative zur Ernährungssouveränität zu lancieren. Damals liess der SBV nichts aus, um uns zu entmutigen. Sie argumentierten, dass wir, wenn der Verfassungsartikel 104 zu Landwirtschaft tangiert würde, die Büchse der Pandora öffnen würden. (Was wir nie vorhatten, denn es ging immer um einen Artikel 104a, also um einen Zusatz zum Bestehenden.)

Damals erklärten sie uns, dass sie stattdessen eine parlamentarische Initiative zur Ernährungssouveränität machen wollten. Wir haben dann den gravierenden Fehler gemacht, unsere Initiative auf Eis zu legen und den SBV auf parlamentarischer Ebene vorwärts machen zu lassen. Das Ergebnis ist ein komplett nutzloser Artikel im Landwirtschaftsgesetz, der durch Verhandlungen im Parlament, auf die wir keinen Einfluss hatten, zu Stande gekommen ist. Unser Textentwurf aus dem Jahr 2008 gefiel dem SBV in drei Punkten nicht: Erhöhung der Anzahl Bauern durch eine einkommensichernde Landwirtschaft, Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Angestellten und die Aufhebung der Exportsubventionen. Sie haben ihre Meinung seither nicht geändert

Im August 2013, hat der SBV, mit grossem Tamtam seine eigene Volksinitiative «für Ernährungssicherheit» lanciert, ohne sich je mit Uniterre vorher abzusprechen. Jetzt waren in der Zeitung «Terre et Nature» die grossspurigen Worte des SBVs nachzulesen, Uniterre fahre mit der Lancierung der Initiative für Ernährungssouveränität quasi im Kielwasser des SBV....

Die Ironie dieser Geschichte ist, dass der Schweizerische Bauernverband genau damit die Büchse der Pandora geöffnet hat. Mit dem

Entscheid sich auf „Ernährungssicherheit“ zu begrenzen, hat der SBV zugelassen, dass der Bund einen Gegenentwurf erarbeitet hat, der die Türen für Importe und Freihandelsabkommen weit aufstösst. In der Tat hält der Bundesrat zu Recht fest dass Ernährungssicherheit die Verfügbarkeit, der Zugang und die Verwertung von Nahrung sowie die zeitliche Stabilität dieser drei Faktoren ist. Der Bundesrat führt weiter aus dass, «der Artikel 104 der Bundesverfassung einen Beitrag zur einheimischen Produktion zur Versorgungssicherheit vorsieht. Dagegen erwähnt die Verfassung mit keinem Wort die notwendigen Importe für die Ernährungssicherheit».

So kommt der Gegenentwurf zur SBV-Initiative als Handstreich des Bundesrats in Form eines Artikels 102a. In seinem Begleitschreiben stellt er die Notwendigkeit, den Zugang zu den internationalen Agrarmärkten zu fördern, klar. Resultat: die Notwendigkeit Freihandelsabkommen zu fördern, könnte damit in die Verfassung geschrieben werden. In der Tat hält der Bundesrat in seiner Argumentation fest: «Es sind die multinationalen und bilateralen Freihandelsverträge, welche den Zugang zu internationalen Märkten ermöglichen».

Hut ab! Es reicht uns nicht, einen Freihandelseiferer als Bundesrat für Wirtschaft zu haben, wir schalten sogar noch einen Gang höher und schreiben es in die Verfassung. Schwierig ein solches Eigengoal für die Landwirtschaft zu überbieten...

Liebe Bäuerinnen, liebe Bauern, SympathisantInnen, und UnterstützerInnen, liebe aktive MitbürgerInnen, angesichts dieser Entwicklung, dürfen wir keine Zeit verlieren: Es muss Druck auf den Bundesrat gemacht werden, in dem wir die Initiative von Uniterre und die Unterschriftensammlung mit voller Kraft vorantreiben. Die Initiative fordert u.a. regulierenden Grenzschutz, um eine lokale Landwirtschaft zu erhalten und zu



entwickeln, sie verlangt faire Preise und Löhne, die Anpassung von Angebot an Nachfrage, um strukturelle Überschüsse zu verhindern und somit im gleichen Zug gerechte Preise zu erhalten wie auch die Exportsubventionen abschaffen zu können

Auch wenn die Initiative des Bauernverbands an sich nicht schlecht wäre, obwohl sie ausser einer Bestandeswahrung nichts Neues bringt, so hat sie jetzt tatsächlich - auf Grund des Gegenvorschlags des Bundesrates - eine äusserst schädliche und gefährliche Wirkung auf die Landwirtschaft. Es gibt nichts mehr zu lachen. Die Zukunft einer bäuerlichen Landwirtschaft, der Bauern und Bäuerinnen, sowie der lokalen, einheimischen Versorgung, ist massiv gefährdet und wird zum Spielball des «sogenannt freien Handels» gemacht.

* Redewendung : Die «Büchse der Pandora» enthielt, wie die griechische Mythologie überliefert, alle der Menschheit bis dahin unbekanntes Übel wie Arbeit, Krankheit und Tod. Sie entwichen in die Welt, als Pandora die Büchse öffnete. (Quelle Wikipedia)



Uniterre
Mindestkurs

Seite 2



Milch
EU und Schweiz

Seite 3



initiative
Ernährungssouveränität
Bewegungen

Seiten 4-5



Austellung in St. Imier
Boden und Freiheit

Seite 6

UNITERRE

«Ein Gutes 2015, vielen Dank und es lebe die Ernährungssouveränität»

Zu Anfang des Jahres habe ich die Freude als Präsident einen kleinen Artikel zu verfassen. Eingehend möchte ich allen Bauernfamilien und Sympathisanten meinen aufrichtigen Dank für ihre Unterstützung und ihr Eintreten für eine bäuerliche Landwirtschaft aussprechen. Das Jahr 2014 war für Uniterre ein anfänglich schwieriges, dann erfreuliches aber immer leidenschaftliches und spannendes Jahr. Am Anfang des Jahres haben wir unsere gemeinsamen Energien eingesetzt, um die finanzielle Situation zu stabilisieren. Dies war sowohl dank ihrer Unterstützung, wie auch der Entlassung einer Person aus dem Büro, möglich. Ein solcher Entscheid ist menschlich schwierig und bedeutet auch eine Neuverteilung der Kompetenzen und eine grössere Belastung der verbleibenden Personen. So konnten nicht alle Dossiers weitergeführt werden, obschon sie uns am Herzen liegen.

Anlässlich der Generalversammlung wurde dem Vorstand der Auftrag der Lancierung einer Volksinitiative für die Ernährungssouveränität erteilt.

Es liegt jetzt ein ausgearbeiteter präziser Text vor, welcher eine wirkliche Diskussion mit der Bevölkerung über den nötigen Kurswechsel der Agrarpolitik auslöst. Trotzdem stellen sich noch immer einige von uns die Frage der Nützlichkeit dieser dritten Initiative neben derjenigen des Bauernverbandes und der Grünen. Im Dezember 2013 fand ein Treffen zwischen den 3 Organisationen statt um zu einem gemeinsamen Nenner zu finden. Unsere Gesprächsteilnehmer wollten jedoch nicht darauf eingehen. Alle wollten sich ihren Platz in der Debatte um die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik sichern. Dies hat unsere Entschlossenheit nicht beeinträchtigt Alles zum Start der Initiative in die Wege zu leiten. Die Ernährungssouveränität ist die Antwort auf zentrale Fragen des Arbeitseinkommens der Bauern und Bäuerinnen, des Zugangs zu Produktionsmitteln, des Klimas, der Umwelt, der Produktequalität, der Ernährung, usw. Wir wollen die Herausforderungen der Landwirtschaft und der Ernährung ins Zentrum einer Gesellschaft stellen, welche auf Grund

einer immer globalisierteren Welt ihre Wurzeln sucht.

Mit dieser optimistischen Haltung bin ich stolz meine Verantwortung zu übernehmen. Ich danke dem Vorstand und dem Büro welche sich tagtäglich mit Hoffnung und Leidenschaft für die Zukunft unserer Landwirtschaft einsetzen. Ich wünsche Ihnen allen ein 2015 welches ihre Wünsche erfüllt. Und vor Allem vergesst nicht zu unterschreiben und Unterschriften zu sammeln....

*Charles-Bernard Bolay
Präsident Uniterre*

GV UNITERRE

Die Generalversammlung von Uniterre findet am

27. März von 10-13 Uhr in Yverdon statt.

Die Traktandenliste wird im Journal Ende Februar publiziert. Bitte reservieren Sie sich dieses Datum!!

Keine Preissenkungen für die Produzenten nach der Aufhebung des Mindestkurses!

Die Schweizer Nationalbank hat den Mindestkurs von Fr. 1.20 zum Euro am Donnerstag dem 15. Januar aufgehoben. So stürzt die Börse und die Exporte werden verteuert, während im Gegenzug die Importe noch «wettbewerbsfähiger» werden.



Für die Schweizer Landwirtschaft birgt dieser Beschluss der Schweizer Nationalbank grosse Risiken, falls die Akteure des Nahrungsmittelsektors die Möglichkeit ausnützen, um Druck auf die landwirtschaftlichen Preise auszuüben. Der grosse Teil der Exportprodukte der Landwirtschaft sind im hohen Preissegment und deren Käufer reagieren kaum auf Preisschwankungen.

Die Importprodukte werden jedoch billiger in die Regale kommen. Ohne

Grenzschutz werden diese Produkte einen vermehrten Druck auf die einheimische Produktion bewirken. So will das Bundesamt für Landwirtschaft (im Einverständnis mit Swissgranum) zum Beispiel im Jahre 2015 die Importmengen für Brotgetreide erhöhen. Eine Erhöhung der Tarifkontingente, gekoppelt an eine Preissenkung, hätte verheerende Auswirkungen auf einen Sektor, welcher schon grosse Probleme hat.

Seit mehreren Jahren haben wir eine fehlgeleitete Mengensteuerung im Milchsektor (als Konsequenz davon verschwinden über 1000 Milchbetriebe pro Jahr). In diesem Zusammenhang bringt der Währungskurswechsel zusätzlichen Druck auf die Produzentenpreise. Dazu kommt ein negativer Faktor im europäischen Milchsektor : Die schon bestehende Überproduktion vor der Aufhebung der Produktionsquoten im März 2015. Eine Öffnung der weissen Linie durch den Bundesrat wäre der Todesstoss für die Schweizer Milchbetriebe.

Deshalb wollen wir mit unserer Volksinitiative eine Ernährungspolitik, welches sich auf die Ernährungssouveränität abstützt : Das Recht, einen Grenzschutz zu erhalten, die Notwendigkeit, die Mengen nachfrageorientiert zu steuern, um teure und unnötige Überschüsse zu vermeiden, die Verpflichtung, auf Exportsubventionen zu verzichten und mit Unterstützung des Staates einen konstruktiven Dialog zwischen den Beteiligten einzuleiten, um einen fairen Markt für alle, auf allen Ebenen, und nicht nur für den Zwischenhandel, aufzubauen.

Ohne Zweifel brauchen die Verarbeitung und die Grossverteiler eine lokale Produktion, wenn die «Swissness» zum Wohle der Produzenten und der Konsumenten entwickelt werden soll. Statt den Ast, auf dem sie hocken abzusägen, braucht es eine wirkliche Partnerschaft,

Uniterre

„Cassis de Dijon: Lasst uns unsere Preise erhöhen und engagieren wir uns“

Das Cassis de Dijon in Bern verbraucht viel Tinte. Die politischen Diskurse, die Gegenentwürfe folgen sich und ähneln sich sehr.

Im bäuerlichen Umfeld, aber auch bei den Konsumenten, fragen sich viele, was dazu führt, dass das Cassis de Dijon in der Schweiz nicht funktioniert. Warum nutzen die Grossverteiler diese Möglichkeit nicht?

Für mich ist der Grund ist einfach: Sie brauchen es nicht.

Die Schweizer Produzentenpreise sind derart tief in Bezug auf ihre Qualität, weshalb es für die Grossverteiler nicht nötig ist, die Margen zu erhöhen. Sie haben damit schon genug und wollen nicht das Risiko eingehen, an ihrem Image zu kratzen. Dieser Mehrwert, der sich durch die schon sehr hohen Margen ergibt, wird auf dem Buckel der bäuerlichen Familien ausgetragen, die schlecht entlohnt werden für ihre Produkte. Noch erstaunlicher ist, die grossen landwirtschaftlichen Dachorganisationen und ihre Vertreter scheinen davon nichts zu bemerken, noch es zu verstehen. Sie versteigen sich in Vermutungen mit denen sie unsere bäuerlichen Kollegen im Ausland kritisieren, um sich damit politisch zu profilieren.

Ich glaube ernsthaft, dass wir, die Bauern in der Schweiz, unsere Produkte viel zu günstig verkaufen, wenn sie in die grossen Ketten gehen. Der Beweis ist, dass die grossen Verteiler viel weniger Marge auf die importierten günstigeren Produkte setzen. Sie haben also keinen Bedarf am Cassis de Dijon. Infolge dessen, - erhöhen wir unsere Preise, oder hören wir auf zu produzieren. Hören wir auf zu glauben, dass die Politik oder die Grossverteiler sich um unsere Lebensqualität und um unsere Ernährung kümmern. Übernehmen wir die Verantwortung und schliessen wir uns der weltweiten Bewegung für Ernährungssouveränität an. Unterschreiben wir, unterschreiben Sie und lasst unterschreiben! Die guten Ideen kosten nichts, sie exportieren sich selbst... ohne Subventionen und ohne Cassis de Dijon.

Einen guten Start ins neue Jahr

Pierre-André Tombez, Sektion VD

MILCH

Milchsektor ohne Quoten und ohne wirksame Kriseninstrumente – Kann sich die EU den Absturz des Milchmarktes leisten?

Die berüchtigten Milchseen sind zurück: Auf dem europäischen Milchmarkt übersteigt das Angebot bei weitem die Nachfrage. Allein 2014 sind in der EU rund 7,5 Millionen Tonnen mehr Milch produziert worden, als im Jahr zuvor. Die Folgen davon sind für die Erzeuger dramatisch. Europaweit befindet sich der Milchpreis im freien Fall. So sind etwa in Belgien, den Niederlanden, Irland und Frankreich die Preise mit dem neuen Jahr deutlich unter die 30-Cent-Marke gefallen. Eine kostendeckende Produktion ist so nicht mehr möglich. «Die Situation wird für viele Erzeuger immer mehr zur Existenzfrage», mahnt der Vorsitzende des European Milk Boards (EMB), Romuald Schaber. So hätten viele Produzenten zunehmend Probleme

damit, ihre Rechnungen zu bezahlen. «Wir stecken bereits mitten in einer neuen Milchmarktkrise», fügt Sieta van Keimpema, EMB-Vizepräsidentin aus den Niederlanden, hinzu. «Und eine Besserung der Lage ist derzeit nicht in Sicht»: Im Gegenteil: Wenn zum 1. April auch noch das letzte Mengenbegrenzungssystem – die Milchquote – wegfällt, wird sich die Situation auf den Märkten weiter verschärfen.

Zusätzliches Kriseninstrument: Marktverantwortungsprogramm

Das EMB fordert deshalb die Politik zum Handeln auf. «Wir fordern eine sofortige Senkung der EU-weiten Milchproduktion

um zwei bis drei Prozent, damit sich das Angebot wieder an die Nachfrage angleicht», sagt Romuald Schaber. Außerdem zeige die aktuelle Situation, dass die derzeitigen Kriseninstrumente wie Intervention und Private Lagerhaltung völlig ungeeignet seien, um schweren Krisen wie der aktuellen zu begegnen. Zudem müsse gerade in Krisenzeiten der EU-Außenschutz konsequent angewendet werden, damit die Bemühungen der Milcherzeuger in der EU zur Marktanpassung nicht durch billige Importe konterkariert werden könnten. «Es ist höchste Zeit, dass das vom EMB entwickelte Marktverantwortungsprogramm (MVP) umgesetzt wird», so Schaber. Dieses schafft für die Erzeuger wirksame Anreize,

damit sie ihre Produktionsmengen an den Markt anpassen können. Außerdem trägt es dazu bei, Krisen gar nicht erst entstehen zu lassen. «Wäre ein zusätzliches Instrument wie das MVP bereits installiert, hätten wir jetzt nicht diesen dramatischen Preisverfall», weiß Schaber.

«Das EMB wird 2015 weiter für einen fairen Milchpreis kämpfen. Nur wenn die Erzeugerkosten dauerhaft gedeckt sind, kann Europas Milchproduktion erhalten bleiben», sagt Paul de Montvalon, EMB-Vorstandsmitglied aus Frankreich, abschließend.

EMB

Wie gewonnen so zerronnen

Die Budgetdebatte des Nationalrates fand in den Medien eine grosse Beachtung. Insbesondere die Diskussion um die gut 100 Millionen, welche bei den Bauern eingespart werden sollten. Immer wenn es um die Landwirtschaft geht, dominiert die Schlagwortrhetorik die Debatte. Viele Redaktionen bekundeten offensichtlich Mühe damit, dass eine «Bevölkerungsminderheit» im Parlament Mehrheiten über alle Parteien hinweg bilden kann. Dabei ist das logisch bei der Agrarpolitik, denn die Ernährung der Menschen ist ein Thema, das wirklich alle interessiert und etwas angeht. Und das betrifft ebenso 100% der ParlamentarierInnen. Ein «Trost» für alle Journalisten, welche Mühe hatten zu akzeptieren, dass der Nationalrat die Sparkeule diesmal nicht bei den Bauern einsetzen wollte: Sehr viele Bauern werden von diesen Geld trotzdem nichts spüren.

Denn am gleichen Tag fand in Bern auch die Sitzung der Branchenorganisation Milch statt. Diese beschloss bekanntlich den Milchpreis für den geschützten Inlandmarkt um 3 Rappen zu senken. Die Produzentenvertreter akzeptierten das Argument, dass der Druck der gefallen internationalen Milchpreise auch auf die Schweiz überschwappt, und stimmten der Preissenkung zu, obwohl sie wissen, dass die Milchhändler ihre ausbezählten Preise schon seit dem Juli kontinuierlich um bis zu 10 Rappen pro Liter gesenkt haben. So bezahlt z.B. die Nordostmilch im Dezember ihren rund 3500 Lieferanten für die im laufenden Monat gelieferte Milch noch einen A Preis von 57 Rappen. Dies wohlverstanden bei einem immer noch gültigen BOM - Richtpreis von 71 Rappen franko Rampe!

Ein Rappen Milchpreis macht in der Schweiz 34 Millionen im Portemonnaie der Bauern - haben oder eben nicht haben. Mit einer Preissenkung von 3 Rappen verlieren die Schweizer Milchwirtschaftsbetriebe also 100 Millionen Franken. Die Markt-»Partner« der Bauern haben im Gegensatz zum Parlament offensichtlich keine Hemmungen, sich am Portemonnaie der Bäuerinnen und Bauern zu bedienen. Die Bemühungen des Nationalrates, die Einkommen der Bauernfamilien zu verbessern schlagen damit erneut ins Leere. Es wäre schon lange an der Zeit, dass die ParlamentarierInnen im Milchmarkt mal ein Machtwort sprechen und die Verantwortung über die Milchmenge den Bauern übertragen. Denn genau das haben unsere Marktpartner bestehend aus Grossverteilern, Handel und Milchindustrie bislang verhindert. Sie steuern die Beschlüsse der BOM immer so, dass ihre eigenen Interessen gewahrt werden.

BIG-M, die Bauernorganisation für einen fairen Milchmarkt

Milchpreissenkung:

Migros und Coop waschen ihre Hände in Unschuld

Inzwischen haben die Grossverteiler die Milchpreissenkung offiziell vollzogen. In ihren Magazinen weisen sie diese Woche darauf hin, dass die Kunden nun von tieferen Milchpreisen profitieren. Als Grund für die Preissenkung geben Sie an, dass der Vorstand der BO Milch den Richtpreis gesenkt hat. BIG-M geht davon aus, dass die beiden Vertreter der Grossverteiler in der BO Milch nicht gegen diese Senkung gestimmt haben, sondern im Gegenteil.

Die Migros tut so, als sei halt in der EU die Nachfrage zurückgegangen, unter anderem wegen dem russischen Importstopp, und dass in der Schweiz ein Überangebot bestehe. Etwas vorsichtiger beschreibt Coop die Preissenkung: Sie zitiert lediglich die Begründung aus der BOM Medienmitteilung vom November. Und weist gleichzeitig darauf hin, dass sich Coop für einen fairen, angemessenen Milchpreis schon seit Jahren engagiere.

Liebe Grossverteiler, eure schönen Worte in Ehren, aber ein fairer Milchpreis ist erst dann möglich, wenn die Spielregeln im Milchmarkt endlich fair werden. Es ist nämlich eine Schande, dass im heutigen System die Milchkäufer die Bauern zwingen können, überschüssige Milch abzuliefern um dann bei der Preissenkung auf diese Übermengen hinzuweisen. Es ist eine Schande, dass auch im soeben gestarteten neuen Jahr immer noch über 90% der Bauern keinen unterschriebenen Milchkaufvertrag in den Händen haben, weil sich die Milchkäufer nicht durch konkrete Verpflichtungen binden wollen. «Es ist in höchstem Masse unfair, dass die MilchproduzentInnen nur die eine Wahl haben: Entweder die unfairen Lieferbedingungen zu akzeptieren, oder die Milchwirtschaft aufzugeben und die Stalltüren für immer zu verschliessen,» sagt BIG-M Präsident Martin Haab. Leider ist es immer noch so, dass vom Milchkäufer über den Milchverarbeiter bis zum Detailhandel alle Stufen ihre Kosten decken, und der Bauer dann noch das Restgeld erhält. «Dieser sogenannte marktgerechte Preis ist der Preis, an dem die bäuerlichen Milchwirtschaftsbetriebe zugrunde gehen,» stellt Martin Haab fest.

Jetzt muss gehandelt werden. In den neusten Magazinen der Grossverteiler kann man nämlich auch lesen, dass diverse Artikel teurer werden, weil die Ernten kleiner ausgefallen seien, als erwartet. Das könnte bei der Schweizer Milch bald auch Realität werden, denn die Milchbäuerinnen und Milchbauern können die Milch nicht ewig unter den Gestehungskosten verkaufen. Um es wieder einmal zu sagen: BIG-M fordert keine zusätzlichen Staatsgelder zur Stützung der Milchproduktion. Dieses Geld kann man sinnvoller ausgeben. Das einzige, was wir wollen sind faire Spielregeln im Milchmarkt, damit wir als gleichwertige TeilnehmerInnen im Milchmarkt auf Augenhöhe mit unseren Milchverarbeitern verhandeln können. Und davon sind wir gerade weiter denn je entfernt!

BIG-M

INTERNATIONAL

50'000 Menschen fordern den Stopp von Tierfabriken, Gentechnik und TTIP

Am 17. Januar gingen in Berlin zum fünften Mal Bäuerinnen und Bauern, Imkerinnen und Imker zusammen mit Verbraucherinnen und Verbrauchern für eine grundlegend andere Agrarpolitik auf die Straße. Das Bündnis fordert von der Bundesregierung eine klare Absage an das EU-USA-Handelsabkommen TTIP, einen wirksamen gesetzlichen Schutz der Land- und Lebensmittelwirtschaft vor der Gentechnik sowie den sofortigen Stopp des weiteren Ausbaus von Mega-Ställen. Ein Traktorenkonvoi mit über 90 Traktoren führte den Zug von 50 000 DemonstrantInnen an.



Bild: «Good food good farming»

Das «Wir haben es satt!»-Bündnis hat in den letzten Jahren viel erreicht: TTIP ist in aller Munde und 97% der Europäer lehnen mehr Macht für Konzerne ab. Bürgerinitiativen haben mit Hilfe des neuen Baugesetzes mehr als 100 Mega-Ställe verhindert. Gentechnik hat durch das Engagement einer breiten Bewegung auf unseren Äckern keinen Fuß gefasst. Doch dies sind nur die Anfänge einer dringend notwendigen Agrarwende für eine Zukunft der Landwirtschaft in bäuerlicher Hand mit Rückhalt in der Gesellschaft.

«Das EU-USA-Handelsabkommen (TTIP) dient einseitig global agierenden Konzernen und wird vielen bäuerlichen Betrieben hier und weltweit die Existenzgrundlage entziehen. Gleichzeitig drohen die Verbraucherstandards gesenkt zu werden», sagt **Jochen Fritz**, Sprecher des «Wir haben es satt!»-Bündnisses. «Das heißt mehr Gentechnik im Trog und Hormonfleisch durch die Hintertür. Deswegen fordern wir von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel TTIP zu stoppen!».

Auch die Agrarpolitik der Bundesregierung wird von den Veranstaltern scharf kritisiert: Sie habe dazu beigetragen, dass beispielsweise seit dem Jahr 2000 mehr als Dreiviertel der SchweinehalterInnen aufgegeben haben, während Fleischkonzerne zunehmend die Tierhaltung übernehmen. Trotz eines Selbstversorgungsgrades mit Fleisch von 120 % würden weiter Mega-Ställe in Deutschland genehmigt.

«Die Strategie, die Produktion immer weiter auszudehnen, was zu Dumping-Exporten auf dem Weltmarkt führt, ist gescheitert. Die Landwirtschaft in Deutschland braucht eine Zukunft jenseits von Tierfabriken und Mega-Schlachthöfen», so Fritz weiter. «Wenn die Bundesregierung jetzt nicht handelt, zementiert sich eine agrarindustrielle Struktur, die nicht mehr veränderbar ist. Die Zukunft liegt in der Ernährungssouveränität auf Basis regionaler Märkte».

Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): «Aktuelle Erzeugerpreise von 1,30 Euro pro Kilo Schweinefleisch und 28 Cent pro Liter Milch zerstören die Existenzen vieler bäuerlicher Betriebe. Doch die Bundesregierung rät den Bauern weiter zum ‚Wachsen oder Weichen‘. Sie räumt dem Export höchste Priorität ein und bedient damit die Interessen der Agrarindustrie nach billigen Rohstoffen. Wir fordern als Bäuerinnen und Bauern die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen für faire Preise und für kleine und mittlere bäuerliche Betriebe deutlich zu verbessern. Dafür kämpfen wir weiter im Bündnis mit der Zivilgesellschaft.» **Christoph Bautz, Geschäftsführer von Campact** bestätigte dazu: «Wenn Monsanto, Bayer und Co. mit TTIP und CETA Gentechnik-Verbote aushebeln können, dann trifft das auf den breiten Widerstand der Bevölkerung. Private Schiedsgerichte, vor denen Konzerne Staaten verklagen können,

sind ein Angriff auf Verbraucherrechte und unseren Rechtsstaat. Doch der heutige Tag zeigt, welche kraftvolle Bürgerbewegung gegen TTIP und CETA entsteht».

Hubert Weiger, Vorsitzender des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ergänzte zum Thema Tierhaltung und Megaställe: «Der Protest gegen die bisherige Agrarpolitik bringt erste Erfolge. Dank bundesweit rund 250 Bürgerinitiativen wurden mehr als 100 geplante Riesen-Ställe nicht gebaut. Endlich werden artgerechte Ställe stärker gefördert und Agrarminister Schmidt hat angekündigt, gegen den überhöhten Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung vorzugehen. Noch immer profitieren Fleischkonzerne und Handelsketten davon, dass die Agrarindustrie ihre Produktionskosten auf die Allgemeinheit abwälzt. Zugleich wächst das Bewusstsein der Verbraucher über die Risiken und Nebenwirkungen der industriellen Landwirtschaft. Die Lebensmittelerzeugung in bäuerlichen und mittelständischen Betrieben muss endlich vor unfairen Wettbewerbsbedingungen geschützt werden und mehr Anerkennung finden». **Elizabeth Mpofu, Internationales Sekretariat von La Via Campesina**, brachte die internationale und bäuerliche Perspektive zum Ausdruck: «Wir Kleinbauern brauchen Schutz vor einer Industrialisierung von Landwirtschaft und Ernährungssystemen, die im Namen von Fortschritt und Wachstum von den Multinationalen Konzernen, aber auch der Politik vorangetrieben wird. Eines

von vielen negativen Beispielen, die eine Bedrohung von Kleinbauern darstellt, ist die sogenannte New Alliance for Food Security and Nutrition der G7 Staaten. Diese Initiativen stehen dafür was wir nicht wollen. Nicht in Afrika und nicht in Europa. Was wir fordern ist eine globale Ernährungswende im Sinne von Ernährungssouveränität und Agrarökologie». Auch NGOs kamen zu Wort, so versicherte auch Stig Tanzmann, Landwirtschaftsexperte von Brot für die Welt: «Die Politik auf deutscher, europäischer und globaler Ebene muss endlich die Grundlagen dafür schaffen, dass die Bäuerinnen und Bauern, die die Ernährung der Welt sichern, angemessen für ihre harte Arbeit entlohnt werden und eine gesicherte Zukunft haben. Dies verlangt aus unserer Sicht eine radikale Abkehr einer Exportorientierung und dem Dogma Wachse oder Weiche. Die Produzenten von Lebensmitteln dürfen nicht länger von Agrarkonzernen gegeneinander ausgespielt werden, um ihre Profite zu sichern». Und **Sabine Obermeier, Junges Bioland** ergänzte zum Thema Gentechnik: «Niemand kann die Wirkung von GVOs in Ökosystemen vorhersagen, auch nicht nach jahrelanger Forschung. So bleibt Gentechnik ein unberechenbares Risiko! Auf Kosten der genetischen Vielfalt wirtschaften, das kann nicht die Landwirtschaft der Zukunft sein. Mit Vielfalt wollen wir der Zukunft den Hof machen: Biodiversität und Unabhängigkeit bei der Wahl des Saatgutes sind wichtige Schlüssel dazu».

www.wir-haben-es-satt.de



Bild: «Good food good farming»

INITIATIVE: NATIONALER SAMMELTAG 17.1.2015

Gemeinsam für Ernährungssouveränität und gegen Freihandel

Am Samstag, den 17. Januar 2015 fand die Grossdemonstration «Wir haben es satt» in Berlin statt – gegen TTIP und CETA, gegen Gentechnik und Megaställe und für eine ökologischere und bäuerliche Landwirtschaft. (siehe Text S. 4) Um uns mit dieser Aktion zu solidarisieren und um gleichzeitig die Initiative für Ernährungssouveränität in die Bevölkerung zu tragen, haben wir einen nationalen Aktionstag in verschiedenen Städten organisiert. In Genf, Lausanne, Yverdon, Neuchâtel, Biel, Bern, Basel, Liestal und Zürich fanden Sammelaktionen statt.



Es hat geregnet und geregnet und geschneit... Schlussendlich waren wegen des frostigen Wetters wenige Menschen auf den Strassen und die meisten wollten so schnell wie möglich wieder ins Trockene. Trotz alledem war die Aktion wichtig. Wichtig da zu sein und laut auszusprechen: Freihandel raus aus der Landwirtschaft!

Die neuen Mega-Abkommen wie TISA, TTIP und CETA betreffen alle Lebensbereiche – die Ernährung, die Landwirtschaft, die Gesundheit, das Wasser, den Strom, sogar Gesetze sollen transatlantisch angepasst werden – alles soll liberalisiert und privatisiert werden. Ein gute Ernährung und damit unsere Gesundheit basiert auf einer ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft, welche nicht dem Wachstumswahn unterworfen wird. Die Konzentration der Nahrungsmittel-Multis hat eine unheimliche Dimension angenommen, die durch die multilateralen Abkommen noch verschärft werden wird.

In Zürich fand sich eine bunte Mischung



von jung und alt ein. Der Verein Bio für jede (<http://www.biofuerjede.ch/>) hat die Infrastruktur, wie Mikro, Verstärker, Boxen, Kochmöglichkeit etc. zur Verfügung gestellt und aufgebaut.

Es gab Reden, Musik, Bio Gemüse, später einen Bio-Gemüse-Eintopf, ein Dudelsacksolo, zum Abschluss Rapper ZUB (zubkultur.ch) und viel gute Stimmung. Unterschriften gab's nicht in Massen – aber wir haben erlebt, dass es Menschen gibt, die sich für unsere Anliegen interessieren und einsetzen, das war für uns das Wichtigste. Das nächste Mal sind wir sicher mehr Leute

und vielleicht scheint dann die Sonne auf unserer Seite... Ein grosses Merci an alle die mitgeholfen haben, dass wir diese Aktionen durchziehen konnten.



NÄCHSTER SAMMEL-AKTIONSTAG

Der nächste gesamtschweizerische Aktionsstag findet

am 14. Februar statt

Teile bitte mit wenn du Interesse hast in deiner Gemeinde oder Stadt eine Standaktion durchzuführen und zögere nicht Informationsmaterial und Unterschriftsbögen zu bestellen.

Mathias Stalder,
m.stalder@uniterre.ch,
Tel. 076 409 72 06



INITIATIVE

Um Mitte-März den Stand der Anzahl bereits gesammelter Unterschriften zu erfassen, haben wir einen Evaluations-Tag geplant, um die Unterschriften auszuzählen. (nach Gemeinde, Post und Absender). Um dies zu machen, brauchen wir nun eure Unterstützung.

Bitte sendet alle bereits gesammelten Unterschriften an:

Initiative Souveraineté alimentaire
Case postale 925
1001 Lausanne

Spätestens bis zum 28. Februar

LANDWIRTSCHAFT BETRIFFT UNS ALLE

Terre et liberté! Boden und Freiheit!

Welche ökologischen Alternativen setzten wir dem Produktivismus entgegen? Unter diesem Appell hat das Espace Noir gemeinsam mit Uniterre einen dreitägigen Anlass organisiert. Das Echo war gewaltig. Wir hatten nicht mit einem solchen Ansturm gerechnet, manchmal wurde es richtig eng, aber lieber so als andersrum.



Der Freitagabend stand ganz im Zeichen der Initiative für Ernährungssouveränität von Uniterre und La Via Campesina. Philippe Reichenbach eröffnete die Vernissage „luttés paysannes“ mit Fotos von Uniterre, indem er von seinen persönlichen Erfahrungen beim Milchstreik und anderen Aktionen berichtete. Danach stellte Rudi Berli die Initiative für Ernährungssouveränität vor. Als Abschluss des thematischen Teils wurde ein 20-minütiger Film von La Via Campesina über Ernährungssouveränität gezeigt.

Später gab es ein Essen, das von Bäuerinnen und Bauern aus der direkten Umgebung zusammengestellt war. Gemüsesuppe (von verschiedenen Betrieben), dazu Brote aus regionalem Getreide (gemahlen in Mühle von Renan Moulin vert), Käse und Trockenfleisch. Ein grosses Merci an alle, die uns hierbei unterstützt haben.

Am zweiten Tag ging es um Permakultur und regionale Initiativen, um diverse Kooperativen, um Saatgut und vieles mehr. Auch hier war das Interesse gross. Als motivierendes Beispiel für

lokale Initiativen wurde der Film von Nils Aguilar „voices of transition“ gezeigt. Am Sonntag dann wurde den Besucherinnen und Besuchern gezeigt, wie Wiedergewinnung funktionieren kann. Es gab einen Tauschmarkt und einen Workshop für Permakultur. Die drei Tage waren eingerahmt von Musik und Filmen, von vielen Debatten und jeweils einem gesundem Essen für alle.

Wir Bäuerinnen und Bauern von Uniterre haben mit der Initiative einen Weg gewählt, der uns mitten in die Bevölkerung führt, und wie im Espace Noir mitten ins lebhafteste Getümmel. Wir werden offen empfangen, denn das Thema Ernährung, interessiert die Menschen. Woher kommt unsere Nahrung, wo finden wir Alternativen. Wir sind immer versucht unsere Probleme allein zu lösen. Das werden wir aber nicht schaffen, denn es kommen gigantischen Veränderungen auf uns zu. Die Freihandelsabkommen (TTIP, TISA, das Agrar-Freihandelsabkommen Schweiz-EU, die Abschaffung der Milchquote in der EU) sind wahrscheinlich die grösste Herausforderung. Aber auch hier stehen wir nicht allein. Immer mehr Menschen begreifen, dass Souveränität, sei es in der Ernährung, im Bildungswesen, in den Sozialwerken



Philippe Reichenbach und Ulrike Minkner.

oder in der Gesundheit nie und nimmer dem Freihandel geopfert werden darf. Unsere Ideen stossen auf der Strasse und bei den verschiedenen Veranstaltungen auf offene Ohren und offene Herzen.

Im Espace Noir waren viele Leute dann auch bereit Unterschriftenlisten mit zu nehmen oder selber direkt zu unterschreiben. Durch die verschiedenen Themen wurde aufgezeigt, dass der eine Weg, nämlich der verfassungsrechtliche Weg über die Initiative, eine Lösung zur Systemänderung auf Bundesebene vorgibt. Der andere Weg liegt in den individuellen Entscheidungen und in der Verantwortung eines jeden Einzelnen, was wiederum zu kollektiven Lösungen führen kann. Um mit aller Kraft zu zeigen, dass Ernährung und Landwirtschaft nicht dem Freihandel geopfert werden darf und der Staat in der Verantwortung steht, benötigen wir, meiner Meinung nach, beide Wege. Die grosse weltweite Krise in der Landwirtschaft und in der Ernährung bewältigen wir nur gemeinsam, indem wir uns der Bevölkerung stellen, ihre Fragen beantworten und zusammen nach Lösungen suchen.

Ulrike Minkner

Landwirtschaftliche Einkommen

Die BLW - Umfrage Der Betrieb „la Mermière“ ist vom BLW ausgesucht worden, um sich an der Studie zu beteiligen. Hier die Antwort:

Susanne und Markus,
Ich habe eure Anfrage bezüglich Teilnahme an dieser Studie erhalten.

Ich informiere euch, dass ich sie nicht beantworten werde.

Motiv: Ich kann nicht, einer Vereinigung, die sich die falschen Fragen stellt, die richtigen Antworten einbringen.

An jedem Tag, an dem wir mit dem Boden arbeiten, hauchen wir unserem Betrieb unermessliche menschliche Werte ein....

Wir nehmen an einem Projekt mit der Bevölkerung teil, welches in keiner Verbindung mit dem Ansatz des BLWs und deren Dienstleistungen, steht.

Ihr seid auf der Suche, um die Schmerzen zu messen, nicht aber auf der Suche nach den Ursachen.

In der Revolution (Buch) „von einem einzigen Strohhalm“ – steht geschrieben:

Der Arzt ist da, um kranke Menschen zu behandeln. Während die Güter der Natur den gesunden Menschen zu Verfügung stehen.

In der Hoffnung auf Verständnis übermittle ich euch freundliche Grüsse.

Yves Batardon.
www.mermiere.ch

PS: Nur die toten Fische schwimmen mit dem Strom...



Ausstellung bestellen und Expo und Diskussionen organisieren?

Sind Sie interessiert, diese Ausstellung «Bauernaufstand-Kampfkationen von Uniterre» zu präsentieren.

Gerne stellen wir Ihnen die Ausstellung zu Verfügung und sind bereit mit Ihnen Film und Debatte rund herum der Initiative zu organisieren!

Kontakt: Ulrike Minkner
u.minkner@uniterre.ch
032 941 29 34

INTERNATIONAL

La Via Campesina und die FAO



Bäuerliche Stimmen bald institutionalisiert?

Im Rahmen des Internationalen Jahres der Familienlandwirtschaft (International Year of Family Farming - IYFF) fand von 27. bis 28. Oktober im Hauptsitz der FAO (Food and Agricultural Organization - Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der UNO) in Rom ein Globaler Dialog zu diesem Thema statt. Die Veranstaltung brachte Regierungsvertreter_innen, Bauern und Bäuerinnen einschliesslich ihrer Organisationen, die Zivilgesellschaft und Vertreter_innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Entwicklungsagenturen zusammen. Als Mitglieder von ECVC, der europäischen Koordination von Via Campesina, waren wir als Teil der internationalen Delegation von La Via Campesina (LVC) ebenfalls vor Ort.

An zwei Tagen führte ein dichtes Programm an Podiumsdiskussionen und Präsentationen durch das breit gefächerte Thema der familiären Landwirtschaft. Es wurde über die Definition eines „Familienbetriebes“ diskutiert, wissenschaftliche Analysen und Bestandsaufnahmen aus ländlichen Regionen weltweit präsentiert sowie Aktionspläne für die Zeit nach 2014 angedacht. Dass jedoch zwischen all diesen Akteuren selbst bei der Definition eines „Familienbetriebes“ keine Einigkeit herrscht, zeigte sich sehr deutlich in den unterschiedlichen Interventionen unserer Vertreter_innen, die sich inhaltlich von jenen der World Farmers Organisation

(WFO) nicht nur in dieser Definition unterschieden.

„Neues Saatgut braucht die Jugend!“

Während auf der einen Seite Konzepte wie Ernährungssouveränität und Agrarökologie im Vordergrund stehen, sieht die WFO das Heil der familiären Landwirtschaft in Zukunft in einem freien Zugang zum globalen Markt, auf welchem diese konkurrenzfähig sein soll, und zwar mittels neuer Technologien und höherer Produktivität. „Die Jugend finde neue Technologien attraktiv und brauche auch Zugang zu neuem Saatgut!“, tönte es da vom Podium. Was sich die Jugend da drunter vorstellen soll, wollen wir mal nicht im Detail ausführen.

Dass sich diese Vision nicht ganz mit jener von LVC deckt, wurde bei zahlreichen Interventionen unserer Delegierten immer deutlicher. So unterstrich z.B. Dayana Machado von der brasilianischen Landlosenbewegung (Movimento dos Trabalhadores Sem Terra -MST) die Bedeutung von partizipativer Forschung und selbstorganisierter Bildung von und für Kleinbäuer_innen, und das nicht nur in Brasilien. Ihrer Meinung nach sei ein einfacher Technologietransfer von Nord nach Süd der falsche Weg zur Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft. Als Gegenbeispiel fasste sie die Ziele und ersten Erfolge der Agrarökologieschulen zusammen, die in vielen Ländern Lateinamerikas zum Teil bereits Ausbildungen auf Hochschulniveau anbieten und sehr

grossen Zulauf haben.

Auch die weiteren Beiträge unserer Delegierten argumentierten in diese Richtung. Chukki Nanjundaswamy von der Karnataka State Farmers Association (KRRS) aus Indien stellte die dortigen Kämpfe um Ernährungssouveränität vor. Diese umfassen eine angestrebte Agrarreform und die Organisation der Bevölkerung gegen das Agro-Business. Sie sprach über den langen Weg hin zu einem neuen Produktionsmodell und neuen Produktionsverhältnissen, die es eben auch kleinbäuerlichen Familienbetrieben ermöglichen würden, ein würdevolles Leben zu führen und nicht auf einem globalen Markt mitspielen zu müssen.

Joan Brady von der National Farmers Union of Canada (NFU) führte im Detail die Frage der jungen Menschen und Frauen innerhalb von La Via Campesina und darüber hinaus aus. Sie hob hervor, wie wichtig ein gerechter Zugang zu Land für junge Menschen ist, damit diese in ihren ländlichen Gemeinden bleiben können anstatt in die Städte zu migrieren. Desweiteren stellte sie die Kampagne „Gewalt gegen Frauen“ vor, die es sich zum Ziel gesetzt hat, dieses Thema in ländlichen Gebieten sichtbar zu machen und außerdem auf die globale Dimension von Genderthemen innerhalb von La Via Campesina hinweist.

LVC und FAO - Beginn einer neuen Kooperation?

Angehängt an diese zwei Tage fand ein eintägiges internes Seminar zwischen

der FAO und LVC statt, in welchem es darum ging, konkrete Bereiche für mögliche gemeinsame Kollaborationen zu identifizieren. Dieses technische Treffen versuchte Konvergenzen zwischen dem erneuerten FAO Strategierahmen und LVC's Basisarbeit zu finden. LVC bot einen Überblick über unsere globalen Aktivitäten zu Themen wie Saatgut, Agrarökologie, Jugend und Frauen sowie Kommunikation. Vor Ort gab es dann kurze Diskussionen über die Möglichkeiten diese Aktivitäten mit den regionalen Aktionsplänen der FAO zu verknüpfen.

Das Seminar konnte als eine erste Annäherung verstanden werden, welche in dieser Form vor fünf Jahren wohl noch undenkbar gewesen wäre und die auch gleichzeitig die strukturellen Unterschiede zwischen uns sehr deutlich machte. Denn eine globale soziale Bewegung und eine Institution der UNO haben nun einmal andere Arbeits- und Kommunikationsweisen. Aber darüber hinaus müssen wir uns auch ernsthaft Gedanken darüber machen, wie dieser Annäherungsprozess in Zukunft ausschauen soll, in welcher Form er stattfinden soll und ob er überhaupt den Zielen der Ernährungssouveränität und den unterschiedlichen politischen Interessen innerhalb von LVC dienlich ist? Es bleibt also spannend.

Paula Gioia - jAbL
David Jelinek - ÖBV Via Campesina
Austria

BUCH

«Retournez les fusils! Choisir son camp!»

Jean Ziegler, Schweizer Soziologe und Vize-Präsident des Beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrats der UNO, hat vor Kurzem ein neues Werk veröffentlicht: «Retournez les fusils! Choisir son camp» (Dreht die Gewehre um! Eine Seite wählen). Die erste Ausgabe dieses Buches ist vor 30 Jahren erschienen; jetzt hat er alles überarbeitet und an die heutigen Begebenheiten angepasst. Wie gewohnt nimmt er kein Blatt vor den Mund. Ende November hat er das Buch beim Club Suisse de la Presse vorgestellt. Es ist eine Mischung aus niederschmetternder Bilanz des internationalen Chaos und dem Hoffnungsschimmer, der von der Zivilgesellschaft weltweit getragen wird.

Im Vergleich zur Lage vor 30 Jahren erleben wir heute eine absolut beispiellose Situation. Jean Ziegler nennt sie die „kannibalistische Weltordnung“. Es ist eine Welt, in der die Machtkonzentration Ausmass annimmt, wie es die Geschichte der Menschheit noch nie gesehen hat. Der Bericht der Weltbank bestätigt, dass die 500 grössten Konzerne 52,8 % des Bruttoweltprodukts besitzen. Weder ein Herrscher noch ein Papst konnten je eine solche Macht für sich beanspruchen. Diese Macht ist weit stärker als diejenige der Staaten, sie gründet auf den Ruinen der Vereinten Nationen und entzieht sich jeglicher demokratischen oder sozialen Kontrolle.

Systembedingte Gewalt

Jean Ziegler ist der Ansicht, dass man nicht Individuen – so schlecht sie auch sein mögen – bekämpfen soll, sondern das System selbst, denn es zwingt dem Individuum ein schädliches Verhalten auf. Es ist ein System, das bezweckt, Profite so rasch wie möglich und ohne Rücksicht auf Verluste zu maximieren. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln ist ein Beispiel dafür. Das Welternährungsprogramm stellt in seinem Jahresbericht fest, dass alle 5 Sekunden ein Kind verhungert. Gleichzeitig besagt der Bericht, dass die Landwirtschaft heute problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Das Problem liegt also nicht bei der Verfügbarkeit von Lebensmitteln, sondern beim Zugang zum Essen, der vielen Menschen verwehrt bleibt. „Jedes Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet“, sagt Ziegler. Es ist ein ungeheurer Skandal auf einem Planeten, der vor Reichtum überquillt.

Das Versagen der Politik

In seinem Buch verurteilt Ziegler die Unterwerfung der Politik unter die Wirtschafts- und Finanzmacht. Trotz seiner Vergangenheit als Parlamentarier ist er der Meinung, dass dieser Kampf eine Zeitverschwendung ist, denn die Staaten haben schon längst keine Macht mehr. Seine Hoffnung liegt bei der weltweiten Zivilgesellschaft, am Beispiel von La Via Campesina, der

Frauenbewegung, Attac und anderen. Diese „Schattengemeinschaft“ ist in der Lage, dem aktuellen System eine gemeinsame Widerstandsfront entgegenzustellen. Und sie ist vor allem auch fähig, eine wirkliche Veränderung – einen Sieg gegen das System – herbeizuführen.

Eine Bedingung ist allerdings, dass wir unsere Gewissen bewaffnen! Das ist die Aufgabe der Zivilgesellschaft und in diesem Rahmen muss auch daran erinnert werden, dass es in einer Demokratie keine Machtlosigkeit gibt. Wir delegieren die Macht, aber sie kann



Bild: Demir Somnez

auch widerrufen werden. „Dreht die Gewehre um“ soll heissen, dass wir zumindest die verfassungsrechtlichen Waffen nutzen müssen, um unsere Seite zu wählen und zu einem Aufstand des Gewissens aufzurufen. Die Zivilgesellschaft muss Breschen in die Mauer schlagen.

Che Guevara liebte zu sagen, dass selbst die stärkste Mauer wegen ihrer Risse zerfällt. Unser Angriff soll also nicht zögerlich sein, auch wenn es gilt, grosse Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Wir können Tabus brechen und Fortschritte erzielen, indem wir eine „subversive Integration“ betreiben. Kant sagte: „Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir.“

Illusion oder ernst zu nehmende Opposition?

Auf die Frage, wann und wie sich eine Idee in eine historische Bewegung verwandeln kann, sagt Ziegler, dass es darauf keine Antwort gibt. Wir können nur unseren Beitrag zum Erreichen dieses Zieles leisten, das ist unsere Pflicht. Am Morgen des Sturms auf die Bastille 1789 konnte niemand vorhersagen, dass daraus die Französische Revolution entstehen würde. Genau deshalb gibt es auch keinen Grund, weshalb wir die Hoffnung aufgeben sollten.

Jean Ziegler schliesst mit einer Aussage, die Pablo Neruda wenige Tage nach der Ermordung des chilenischen Präsidenten Salvador Allende gemacht hatte: „Sie können alle Blumen abschneiden, doch sie werden den Frühling nie beherrschen.“ Wir, die wir zu Beginn dieses neuen Winters im Nebel sitzen, können uns auch fürs Jahr 2015 nicht mehr wünschen!

Valentina Hemmeler Maïga

«Retournez les fusils! Choisir son camp» Jean Ziegler, Seuil 2014, 294 pages
Das Buch wurde leider noch nicht auf Deutsch übersetzt.

AGENDA

Dienstag, 3. Februar
18:30, Restaurant St. Gervais, Untergasse 21, Biel

Die Landwirtschaft betrifft uns alle

Die Bäuerinnen- und Bauerngewerkschaft Uniterre und das Vertragslandwirtschaftsprojekt TerreVision laden Sie herzlich zu einem gemütlichen regionale und biologische Fondue-Spezialmischung ein. Von Otti's - Kosten Fr. 25.- pro Person (exkl. Getränke)

Anmeldung:
m.stalder@uniterre.ch,
079 409 72 06

Ulrike Minkner, Bäuerin und Vizepräsidentin von Uniterre, stellt die Initiative für Ernährungssouveränität vor, die für eine vielfältige, ökologische und gentechfreie Landwirtschaft eintritt. Urs Scheuss von der Grünen Partei stellt die Fair-Food-Initiative vor. Dazu gibt es Theater und Musik.

13. Februar
20h, Dock 18, Rote Fabrik, Zürich
DANACH jetzt!
Machwerk Winterthur und Bio für jede

14. Februar
Initiative: Nationaler Sammelaktionstag
15. Februar-15. März
100 SammlerInnen sammeln 100 Unterschriften in einem Monat!
Bitte Kontakt nehmen:
info@souverainete-alimentaire.ch

7. März Frauentag
Marche mondial des femmes und Uniterre: Unterschriftensammeln für ES an der Demo im Bern

8. März: Aktion MMF
MMF und Uniterre gemeinsam für eine Saatgutaktion in Neuenburg.
www.marchemondiale.ch

GV UNITERRE

Die Generalversammlung von Uniterre findet am

27. März von 10-13 Uhr in Yverdon statt.

Die Traktandenliste wird im Journal Ende Februar publiziert. Bitte reservieren Sie sich dieses Datum!!